

Arzt kassiert hohe Boni für Prothesen

Jahrelang zahlte das Zürcher See-Spital den Ärzten Prämien für bestimmte Implantate. Einer profitierte besonders vom System

Ladina Triaca

Es reicht für einen Porsche oder mehrere Weltreisen: 200 000 Franken. So viel soll ein Arzt am See-Spital im Kanton Zürich insgesamt kassiert haben, weil er seinen Patientinnen und Patienten die Prothesen einer bestimmten Firma einsetzte. Der Mann gehört zu den führenden Zürcher Orthopäden und gilt als «Hauptprofiteur» eines Systems, das am See-Spital über Jahre in Kraft war.

Funktioniert hat es so: Belegärztinnen und Belegärzte, die am See-Spital mit Standorten in Horgen und Kilchberg operierten, erhielten zwischen 2016 und 2021 eine Prämie, wenn sie die Prothesen der Firma Zimmer verwendeten. Für jede Hüftprothese bekamen sie 220 Franken, für jede Knieprothese 160 Franken. Das geht aus mehreren Dokumenten hervor, die der «NZZ am Sonntag» vorliegen. Belegärzte sind von der Klinik unabhängige und selbstständige Ärzte. Die Prämien wurden ihnen am See-Spital als Teil ihres Honorars ausbezahlt.

Das Spital verfolgte damit ein klares Ziel: Die Belegärztinnen und -ärzte sollten so viele Zimmer-Produkte wie möglich verwenden. Denn das Spital hatte 2016 einen Vertrag mit der Firma Zimmer abgeschlossen. Dieser

sah einen Mengenrabatt vor: Bezog das See-Spital 85 Prozent seiner Hüft- und Knieimplantate bei Zimmer, erhielt es einen Rabatt von 35 Prozent auf den gesamten Einkauf zurückerstattet. Bezog es weniger als 85 Prozent, fiel der Rabatt tiefer aus. Das heisst: Je mehr Zimmer-Prothesen das Spital kaufte, desto höher war der Rabatt. Das ist an sich nicht aussergewöhnlich und auch Usus bei anderen Prothesenherstellern. Speziell ist, dass das Spital die Mediziner explizit mit Boni lockte, um das Mengenziel zu erreichen.

Von Anfang an dabei

Die Belegärzte am See-Spital nutzten das System sehr unterschiedlich, wie zahlreiche Gespräche zeigen. Manche kritisierten es von Beginn weg. Andere setzten ihren Patientinnen und Patienten Zimmer-Prothesen ein und erhielten dafür einige tausend Franken. Und einige wenige verdienen dank den Prämien sehr viel Geld - allen voran der Arzt, der gemäss mehreren Quellen rund 200 000 Franken kassiert haben soll. Der Mann arbeitet seit achtzehn Jahren am See-Spital und hat eine wichtige Position bei der Zürcher Gesellschaft der orthopädischen Chirurgen inne. Manche seiner Berufskollegen loben ihn, weil er

Der Einsatz bestimmter Kniegelenke war für Ärzte am See-Spital besonders lukrativ: Röntgenaufnahme von vorne und von der Seite.

Manche seiner Berufskollegen loben ihn, weil er so viele Patienten operiert.



so viele Patienten operiert. Mit Zimmer arbeitet er seit mehr als zwanzig Jahren zusammen.

Besonders pikant: Der Arzt war bereits 2016 involviert, als das Prämiensystem am See-Spital diskutiert wurde. An einer Sitzung äusserte er sich zu den Rabatten. Er erklärte, wenn es beim Einkauf der Implantate einen Rabatt gäbe, könne dieser «an die Belegärzte weitergegeben werden». Der damalige Direktor stimmte ihm grundsätzlich zu. Das steht in einem Protokoll des See-Spitals. Zudem geht aus einer E-Mail hervor, dass sich der Arzt nach der Sitzung an Führungspersonen bei der Firma Zimmer wandte, um sich bei ihnen über den Verbleib der Rabatt-Rückzahlungen an das Spital zu erkundigen.

Der Arzt äussert sich auf Anfrage nicht zu den erhaltenen Prämien von angeblich rund 200 000 Franken. Er hält aber per Mail fest, dass Spital und Belegarzt frei seien, untereinander ein Honorar für die Behandlung zu vereinbaren. Dabei könne das Spital im Sinne des Gesetzgebers «kostengünstige Verhaltensweisen des Belegarztes, die zu einer Reduktion der Behandlungskosten führen, durch ein variables Honorarsystem steuern». Von den tieferen Fallkosten würden letztlich auch die Prämien-

zahlerinnen und Prämienzahler profitieren.

Ganz anders sehen das die Krankenkassen und die Belegärzte. Sie halten die Boni für unzulässig. So schrieb die Krankenkasse Helsana schon am 12. April 2022 einen Brief an die Gesellschaft der Zürcher Belegärzte - bei der auch der Orthopäde aktiv ist - und warnte vor dem System am See-Spital. Ein Arzt müsse sich für jenes Implantat entscheiden, das für den Patienten «das positivste operative Ergebnis erwarten lässt». Er dürfe in seiner Entscheidung nicht durch finanzielle Anreize beeinflusst werden, sondern müsse «einzig und allein durch objektivierbare medizinische Kriterien entscheiden».

Angst vor Abzocker-Image

Die Schweizerische Belegärztevereinigung reagierte und schickte ihren Mitgliedern einen Newsletter, in dem sie «eindringlich vor solchen Vereinbarungen» abtrat. Der Sekretär Florian Wanner sagt: «Solche finanziellen Anreize untergraben das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient und sind gesetzlich unzulässig.»

Er weist darauf hin, dass es sich bei den Vorgängen am See-Spital um einen Einzelfall handle: «Uns sind keine ähnlichen Fälle an anderen Spitälern bekannt.»

Doch auch ein solcher Einzelfall genüge, um dem gesamten Berufsstand zu schaden. «Wir wollen nicht, dass Belegärzte als Abzocker in Verruf geraten.»

Das Prämiensystem am See-Spital wurde inzwischen eingestellt. Das Spital will sich auf Anfrage nicht dazu äussern. Es hat aber ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das unter anderem die finanziellen Anreize für Ärztinnen und Ärzte untersucht. Das Fazit des Gutachtens: Die Prämien sind zulässig. Sie seien - so schreibt der Gutachter - «angesichts ihrer sehr moderaten Höhe» nicht geeignet, Entscheidungen der Ärztinnen und Ärzte vorwegzunehmen. Zudem dient sie einem «legitimen Zweck», nämlich der Kostenersparnis.

Das Rechtsgutachten wurde erstellt, nachdem diese Zeitung im Sommer 2021 über das umstrittene Rabattsystem am See-Spital berichtet hatte. Der damalige Vorwurf: Das Spital habe die hohen Zimmer-Rabatte unerlaubterweise an Kassen und Patienten vorbeigeschleust. Die Helsana forderte in der Folge Vergütungen zurück. Wie «SRF Investigativ» berichtete, hat das See-Spital inzwischen eine Vereinbarung unterzeichnet und sich verpflichtet, der Krankenkasse einen Betrag zu überweisen.

Wenn Aktivisten offene Türen einrennen

Zu einfach sei die Besetzung eines Zürcher Gymnasiums gewesen, kritisieren Lehrer. Gewisse Ansichten würden eher toleriert als andere.

Patrizia Messmer, René Donzé

Der oberste Gymilehrer der Schweiz ist nicht erfreut. «Man hätte gegenüber den Besetzern klarere Signale aussenden müssen», sagt Lucius Hartmann, der Präsident des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. So aber sei der Eindruck entstanden, «dass an den Gymnasien gewisse politische Ansichten eher toleriert oder gar unterstützt werden als andere. Das ist aus Sicht der politischen Neutralität sehr problematisch.» Ein anderer Gymilehrer sagt, es sei zwar gut, dass eine Eskalation vermieden wurde. Dennoch hätte es mehr Widerstand gebraucht. Er hätte sich gewünscht, dass die Schulleitung hingestanden wäre und gesagt hätte: «Das geht bei uns nicht.»

Was ist passiert? Von einigen Fotografen und Journalisten begleitet, stürmten am Dienstag eine Handvoll Klimaaktivisten um sieben Uhr das Gymnasium Enge in Zürich. Statt auf Widerstand stiessen die Besetzer auf einen Haupteingang, der an diesem Tag wie immer offen stand. Sie wurden von der Schulleitung, dem Hausdienst und dem Sicherheitsbeauftragten abgefangen. Nach einigen Verhandlungen über die Bedingungen für die Besetzung wurden ihnen die Türen der Schulzimmer aufgeschlossen.

Sechs Räume bekommen die Besetzer für ihre Workshops zu Klimaaktivismus, Schulstress oder Queerfeminismus. Ein Lehrer bietet an, Plakate zu drucken. Eine Lehrerin fragt, ob sie mit ihrer Klasse zur Infoveranstaltung kommen soll. Von den Schülern sind hingegen längst nicht alle gut auf die Eindringlinge zu sprechen: «Was wollen die hier?», fragt einer. «So unnötig!», findet ein anderer. «Mich interessiert nicht, was die erzählen. Ich will



normalen Unterricht», sagt eine Dritte. Viele scheinen etwas ratlos über die Aktion, während andere mit Interesse das Programm der Besetzer verfolgen.

Die politische Reaktion erfolgt postwendend, zumal es die letzte Woche vor den kantonalen Wahlen ist, bei denen der Sitz von Bildungsdirektorin Silvia Steiner

Besetzer breiten Transparente in der Kantonsschule Enge aus.

(Mitte) wackelt. Sie steht denn auch in der Kritik der Besetzer: Das Schulsystem bereite nicht auf Krisen vor und produziere zu viel Leistungsdruck. Die Aktivisten hatten den SP-Kantonsrat Nicola Siegrist und den grünen Gemeinderat Dominik Waser für Inputs eingeladen. Prompt fordert die FDP den Rücktritt des Gymirektors Moritz Spillmann, der einst für die SP im Kantonsrat sass: Er habe den Besetzern «quasi den rot-grünen Teppich ausgerollt».

Andreas Niklaus nimmt seinen Kollegen in Schutz. Er ist Rektor der Kantonsschule Zürich Nord und Präsident der Schulleiterkonferenz. Die Gymnasien hätten das Vorgehen bei einer Besetzung mit dem kantonalen Mittelschulamt und untereinander abgesprochen, sagt er. Denn die Besetzung war angekündigt - offen war bloss, wo sie stattfinden würde. «Im Zentrum für uns stand klar die Deeskalation», erklärt Niklaus. Um jeden Preis vermeiden wollten die Rektoren Zusammenstöße zwischen Polizei und

Besetzern. Das hätte erstens viele Schüler verstört und zweitens den Besetzern Bilder für ihre Propaganda verschafft. Die Schulleiter wollen nun die Ereignisse in der Enge analysieren und die Empfehlungen für künftige Aktionen wo nötig anpassen.

Detail am Rand: Normalerweise sind die Zimmer in der Kanti Enge nicht abgeschlossen. Sie wurden am Vorabend extra verriegelt, damit allfällige Besetzer nicht ungehindert jeden Raum betreten können. «Wir konnten so die Besetzung besser kontrollieren», sagt Spillmann. Zum Vorwurf, man habe die Besetzer nicht deutlich genug zur rechtgewiesen, sagt er: Auf öffentliche Statements «für die Galerie» habe er verzichtet. Beindruckt hätte das vor Ort niemanden, wichtiger seit stattdessen der Dialog gewesen, wie das auch die Polizei empfohlen hat.

Derweil kündigen die Aktivisten weitere Aktionen an. Das nächste Mal werde eher die Universität Zürich oder die ETH das Ziel sein.